Beschlussvorlage

nichtöffentlich öffentlich

Fachbereich/Sg.: 2.1	Az.:	Datum: 23.10.2019	Vorlage Nr. 20190190/2.1
-------------------------	------	----------------------	-----------------------------

Beratungsfolgen	TOP	Termin	Zuständigkeit	Abstimmung
Bau- und Entwicklungsausschuss	Ö	26.09.2019	Vorberatung	
Stadtrat	Ö	29.10.2019	Entscheidung	

BETREFF

Klimaschutzkonzept: Vorstellung und Beschlussfassung

Beschlussvorschlag:

- Der Stadtrat beschließt das Klimaschutzprogramm und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung.
- Das Klimaschutzprogramm zeigt einen zeitlichen und finanziellen Rahmen auf und wird bei Bedarf an veränderte Einflussfaktoren angepasst. Wesentliches Stellglied für die Umsetzung ist die Bereitstellung notwendiger Finanzmittel.
- Zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes sind ab dem Haushaltsjahr 2020 1,5 befristete neue Stellen (EG 10-11 TVöD) im Bereich des Klimaschutzmanagements zu besetzen. Die Besetzung steht unter dem Vorbehalt der Förderung durch das Bundesumweltministerium (BMUB).
- Der Stadtrat beschließt die Einführung eines Energie- und Klimaschutzmanagementsystems gemäß den Empfehlungen im Klimaschutzprogramm (d.h. Einstellung eines Klimaschutzmanagers und Überprüfung der Indikatoren wie Stromverbrauch, Ausbau der PV etc.).
- Über die Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes wird der Stadtrat regelmäßig informiert.

Bürgermeister/Dezernent:

Begründung:

Im Verlauf der letzten Monate wurde unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und unter der Leitung der eigens einberufenen Steuerungsgruppe der vorliegende Entwurf des Klimaschutzkonzeptes erarbeitet.

Das Konzept besteht aus drei Teilen:

- Teil I: Aufgabenstellung und Herangehensweise
- Teil II: Leitbild, Ziele, Leitprojekte sowie Empfehlungen für Umstellungsstrukturen, Kommunikation, Öffentlichkeitsarbeit und Controllingkonzept
- Teil III: Analyseergebnisse

Zur Gewährleistung der Umsetzung des Klimaschutzprogramms in dem vorgeschlagenen Umfang und im vorgeschlagenen Zeitfenster sind, gemäß den Berechnungen des Büros BAUM ab dem Haushaltsjahr 2020 zwei befristete Vollzeitstellen (EG 10-11 TVöD) im Stellenplan vorzusehen. Nach der ersten Vorprüfung seitens der Verwaltung sind die Zeit- und Personalansätze nachvollziehbar. Die Vielfalt der Themen und der Bearbeitungsaufwand erfordern die zwei neu zu schaffende Stellen.

Die ursprünglich angedachte Stelle eines Klimaschutzbeauftragten bzw. Landespflegebeauftragten mit einem Tätigkeitsumfang von je 50% reicht folglich bei weitem nicht aus. Allerdings ist eine Stellenmehrung wie vorgeschlagen im Hinblick auf die Größe der Stadt und die finanziellen Ressourcen schwer umsetzbar.

Es wird deshalb vorgeschlagen zu der bisher angedachten Stelle lediglich eine weitere Klimaschutzstelle einzurichten, also insgesamt 1,5 Stellen für den Klimaschutz.

Theoretisch können für die Umsetzung des zum Beschluss vorliegenden umfassenden Klimaschutzkonzeptes (Erstvorhaben 3 Jahre á 65% Zuschuss, Anschlussförderung 2 Jahre á 40% Förderung) als auch für das bereits beschlossene Klimaschutzteilkonzept Mobilität (Erstvorhaben 2 Jahre á 50%, Zuschuss Anschlussförderung 2 Jahre á 40% Förderung) Fördermittel beantragt werden. Entgegen der Vorstellung im Bau- und Entwicklungsausschuss gestaltet es sich für die Stadt Bad Dürkheim nach aktuellen Abstimmungen mit dem Fördermittelgeber günstiger, die 1,5 Stellen über das umfassende Klimaschutzkonzept zu beantragen und auf eine Beantragung auf Basis des Mobilitätskonzeptes zu verzichten.

Die Reduktion auf 1,5 Stellen anstatt der 2 wie vom Büro BAUM vorgeschlagen bedeutet, dass das Konzept hinsichtlich der Anzahl der Projekte bzw. dem zeitlichen Ablauf der Umsetzung angepasst werden muss.

Neben der Schaffung von neuen Stellen im Bereich des Klimaschutzmanagements führt die Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes in jedem Fall auch zu einer Arbeitsmehrung beim Bestandspersonal.

Im Rahmen der Beantwortung einer Frage im Bau- und Entwicklungsausschuss ist aufgefallen, dass auf Seite 147 des Konzeptes die Bezugsgröße für die Annahme gefehlt hat wie viel % Treibhausgase im Bereich Mobilität bis zum Jahr 2030 eingespart werden können. Dies wurde nunmehr ergänzt.

Im Sinne des Klimaschutzes sowie des nachhaltigen Umgangs mit Ressourcen wird darauf verzichtet, das komplette Konzept jedem Ausschussmitglied/Stadtrat in Papierform zur Verfügung zu stellen. Jede Fraktion erhält ein ausgedrucktes Exemplar. Sollten weitere Ausdrücke benötigt werden, können diese im Bauamt angefordert werden.

Die nachfolgenden Tabellen enthalten eine grobe Übersicht über die finanziellen Auswirkungen der Umsetzung des Konzeptes. Diese werden in der Sitzung auch noch näher erläutert. In den Tabellen wird noch von den Kosten für 2 Vollzeitstellen ausgegangen.